



KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz

c/o Gesine Janssen (Koordinatorin)
Klunderburg 1, 26736 Krummhörn-Uttum
E-mail: gesine-anna.janssen@t-online.de
Webseite: kairoseuropa.de/kairos-palaestina-solidaritaetsnetz/



An den
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland

Uttum, 23. März 2020

Erwiderung des Kairos Palästina Solidaritätsnetzes in Deutschland auf die Stellungnahme des Rates der EKD zu BDS

Die Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angesichts der Debatte um die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (BDS) vom 29.2.2020 kann nicht unwidersprochen bleiben. Sie folgt dem Deutschen Bundestag in seiner Erklärung vom 17.5.2019, der seinerseits der Behauptung der israelischen Regierung folgt, BDS sei antisemitisch. Und sie ruft in einer extrem asymmetrischen Machtsituation wie in Palästina-Israel dazu auf, „doppelte Solidarität“ und Dialog zu üben, ohne die Basis dafür, Gerechtigkeit und Recht, einzufordern. Zu den 10 einzelnen Punkten der EKD-Stellungnahme:

1. *„Der Rat der EKD ...tritt für eine Zweistaatenlösung ein“.* Bei dieser Aussage würde man eine Berücksichtigung der Tatsache erwarten, dass alle israelischen Regierungen seit dem Beginn der Besatzung mit der völkerrechtswidrigen Kolonisierung der besetzten Gebiete (genannt „Siedlungen“) eine Zweistaatenlösung zunehmend unmöglich gemacht haben und diese inzwischen ausdrücklich ausschließen, unterstützt durch die westliche Führungsmacht, die USA.

Weiter heißt es: *„Er (der Rat) tritt für eine doppelte Solidarität mit dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk ein. Die EKD hält Kritik an politischen Leitlinien, wie auch an einzelnen konkreten Maßnahmen und gesellschaftlichen Missständen nicht nur für möglich, sondern sie gehört zur Verantwortung zwischen Partnern und Freunden.“* Wie sähe denn mit dieser kritischen Grundhaltung die Solidarität mit dem unterdrückenden Staat Israel und die Solidarität mit der entrechteten palästinensischen Bevölkerung konkret aus? Meint der Rat hier, dass er sich u.a. mit den zahlreichen jüdischen und israelischen Menschen zusammenschließen will, die in großer Sorge um die Zukunft des Staates Israel sind, weil sie für ihn eine düstere Zukunft voraussehen, wenn er seine Existenz weiterhin auf Gewalt baut, und die deshalb dafür arbeiten, dass der Westen seine Unterstützung für Israel an die Bedingung der Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte knüpft? Das müsste sich ja nahelegen, da die Stellungnahme des Rates fortfährt: *„Maßstab ist dabei stets die Einhaltung der Standards der Menschenrechte und des Völkerrechts.“* Davon ist aber in den folgenden Punkten keine Rede mehr.

2. Weiter wird behauptet: *„Es gibt Methoden und Argumentationsmuster von BDS-Aktivistinnen und -Aktivistinnen in Deutschland, die antisemitisch sind oder israel- bzw. judenfeindliche Untertöne haben. Es kommt zu einseitigen Verurteilungen, wonach Israel die alleinige Verantwortung und Schuld in dem Konflikt zukomme.“* Für diese Behauptung werden keine Belege genannt. Kann es angehen, eine sehr breite Bewegung, die sich allein in Anbetracht der Ermangelung von gewaltfrei-

en Alternativen für BDS ausspricht, wegen einzelner Ausnahmen, falls es sie gibt, in Kollektivhaftung zu nehmen? Erfüllt das nicht den Tatbestand der Verleumdung?

Sodann folgt das gern angeführte Argument: „*Gerade in Deutschland ist das Assoziationsfeld der NS-Aktion 'Kauft nicht bei Juden' praktisch unvermeidlich, wenn sich die Worte 'Boykott' und 'Juden / jüdischer Staat / Israel' verbinden.*“ Für wenig informierte Menschen könnte es auf den ersten Blick scheinen, beide Boykotte hätten etwas miteinander zu tun. Aber meint die EKD wirklich, LeserInnen in Deutschland seien nicht in der Lage, gewaltfreien Widerstand gegen eine Besetzung von nationalsozialistischer Diskriminierung einer „Rasse“ zu unterscheiden? Der Text der EKD zeigt, wie man sich bemühen muss, die LeserInnen zu dieser Identifikation zu verleiten: Sie sollen über die Schritte „Juden-jüdischer Staat-Israel“ dahin geführt werden, beide Boykotte auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, obwohl im BDS-Aufruf das Wort Juden oder jüdisch überhaupt nicht vorkommt. Jeder Mensch kann in dem ursprünglichen Aufruf zu BDS von 2005 nachlesen, dass es ausschließlich um die Durchsetzung von UNO-Beschlüssen gegenüber dem Staat Israel geht (und damit die Existenz des Staats gerade nicht geleugnet wird, wie es die EKD nahelegt).¹ Im NS-Staat handelte es sich um die Entrechtung einer Bevölkerungsgruppe, bei Gandhi und BDS darum, einer unterdrückten Bevölkerungsgruppe gewaltfrei zu ihrem Recht zu verhelfen.

Wenn der Rat der EKD weiterhin behauptet, dass BDS „*Existenzängste bei Nachfahren von Shoah-Überlebenden und -Opfern auslöst*“, sollte er auch zur Kenntnis nehmen, dass es Holocaust-Überlebende gibt, die äußern, dass Aussagen wie die der Bundestagserklärung und damit auch der EKD-Stellungnahme Holocaustopfer dazu missbrauchen, neues Unrecht zu legitimieren.²

3. „*Für die Haltung der Evangelischen Kirche spielt die besondere historische Verantwortung Deutschlands, die auch den Kirchen aus ihrer eigenen Geschichte erwächst, eine grundlegende Rolle...Diese besondere Verantwortung der evangelischen Kirchen in Deutschland unterscheidet sich daher prinzipiell von der Position anderer Kirchen.*“ Ja, die deutschen Kirchen haben eine besondere Verantwortung. Was sie aber dabei offenbar nicht wahrnehmen, ist die Tatsache, dass Deutschland mit dem Verbrechen des Holocaust auch indirekt für die Nakba und die nachfolgende Unterdrückung der PalästinenserInnen mitverantwortlich ist. Denn ohne das schlechte Gewissen des Westens angesichts des europäischen Antisemitismus und dessen verbrecherischem Höhepunkt in Deutschland hätte die Völkergemeinschaft kaum hingegenommen, was 1947/48 bei der ethnischen Säuberung Palästinas geschah³ und wie der Staat Israel seit 1967 bis heute das Völkerrecht und die Menschenrechte missachtet. Andere Staaten wären mit Sicherheit vom Westen sanktioniert worden. Wenn die deutschen Kirchen für diese *doppelte* Schuld Buße tun würden, könnten sie am gleichen Strang mit den anderen Kirchen und der Ökumene ziehen und sich für eine gemeinsame Zukunft der israelischen und palästinensischen Bevölkerungen auf der Basis des Rechts einsetzen. Das wäre dann „*doppelte* Solidarität“.

4.(und 6.) Nach wie vor benutzt die EKD die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese soll angeblich die Kriterien dafür liefern, wann Kritik am Staat Israel antisemitisch wird. Wissenschaftliche Untersuchungen haben inzwischen belegt, dass diese Definition durch Akteure des Staates Israels auf den Weg gebracht und ausdrücklich dazu konstruiert wurde, jegliche Kritik an den Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen des Staates Israel als antisemitisch darzustellen und so zu unterdrücken.⁴ Ebenso argumentieren 240

1 Vgl. <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/>.

2 <https://www.jrbernstein.de/blog-1/2019/7/16/ein-neues-gespenst-geht-um-in-deutschland>.

3 Auch die Fakten, die die „Neuen Historiker“ in Israel ans Tageslicht gebracht haben, sollte die EKD zur Kenntnis nehmen. Vgl. z.B. PAPPE, Ilan: *Die ethnische Säuberung Palästinas*, (3.) Neuaufl. Frankfurt a.M.: westend, (2007) 3. Aufl. 2019.

4 Vgl. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf.

israelische und jüdische WissenschaftlerInnen.⁵ Auch 40 jüdische Organisationen aus 15 Ländern haben die Arbeitsdefinition von IHRA als manipulativ verworfen.⁶

5. „Die EKD registriert mit großer Sorge, dass sowohl pro-israelische als auch pro-palästinensische Unterstützerguppen in Deutschland ihre Positionen in immer ausschließenderer Weise vertreten und dass gesellschaftliche Diskussionsklima zum Thema Israel und Palästina immer stärker vergiftet wird.“ Dieser Sorge kann man sich nur anschließen. Nur wirkt leider die Stellungnahme des Rates der EKD genau in diese Richtung, wenn sie der einen Seite Antisemitismus unterstellt. Sie unterstützt faktisch die Bundestagsresolution vom 17.5.2019, die u.a. das Verbot von Diskussionen zu BDS in öffentlichen Räumen zum Ziel hat. Vor allem aber verschweigt der Rat die Tatsache, dass die israelische Regierung ein Ministerium für Strategische Angelegenheiten eingerichtet hat, das gezielt Propaganda (hebr. Hasbara) betreibt. Es hat ein Budget von 100 Millionen Schekel (ca. 34 Mill. €), um Institute zu gründen, Gruppen anzuwerben und z.T. zu finanzieren, die sofort „Antisemitismus“ schreien, wenn Veranstaltungen oder Veröffentlichungen in Sicht kommen, die Kritik an den Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen des Staates Israel äußern (könnten). Dazu gibt es inzwischen viel Material und Studien, die die EKD offenbar nicht zur Kenntnis nimmt.⁷

7. Weiter bedarf es nach Meinung des Rates einer „differenzierten Sicht auf Ursachen, Verantwortlichkeiten, aber auch auf Unversöhnlichkeiten und unauflösbare Gegensätze... ernsthafter Bemühungen und Sensibilität in der wechselseitigen Wahrnehmung und in der Anerkennung legitimer Bedürfnisse, Interessen, Motivationen und Sichtweisen aller Beteiligter. Es braucht ein hohes Maß an Nüchternheit, Sachlichkeit, Differenziertheit aber auch Einfühlungsvermögen und Sensibilität als Basis für einen Dialog, der gegenseitiges Verstehen und Verständigung ermöglicht.“ Wäre es nicht nüchterner und sachlicher gewesen, eindeutig für Menschenrechte und Völkerrecht einzutreten; nicht einfühlsamer und sensibler, sich einmal in die täglichen Erfahrungen von palästinensischen Bauern, die auf ihre Felder fahren, oder von arbeitenden Palästinenserinnen auf dem Weg zur Arbeit an den Checkpoints der Besatzungsmacht hineinzusetzen? Vor allem aber: wäre es nicht verantwortlicher gewesen, die Gerichtsurteile in Deutschland zur Kenntnis zu nehmen, die allesamt festgestellt haben, dass – wie immer man persönlich zu der Strategie der BDS-Bewegung steht – das Eintreten für BDS durch Art. 5 des Grundgesetzes (Meinungsfreiheit) geschützt ist?⁸ Ist sich die EKD im Klaren darüber, dass sie mit den Unterstellungen ihrer Stellungnahme, BDS sei antisemitisch, das Grundgesetz verletzt? Auch Vertreter des Hohen Uno-Kommissars für Menschenrechte wandten sich nach dem Beschluss des Bundestags vom 17.5.2019 an die Bundesregierung, um ihrer Sorge Ausdruck zu verleihen, „dass der Beschluss einen besorgniserregenden Trend setzt, die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit unverhältnismäßig einzuschränken“.⁹

8. „Die EKD ermutigt Gemeinden und Einrichtungen weiterhin, bzw. angesichts der zunehmenden Polarisierung verstärkt, solche Dialogfähigkeit zu fördern und jene Vertreterinnen und Vertreter aller Positionen zu Veranstaltungen einzuladen, die bereit sind zu einem konstruktiven Dialog, zu fairer Kritik und Selbstkritik und zu einem respektvollen Umgang mit anderen Auffassungen und Mei-

5 <https://de.scribd.com/document/412474418/Aufruf-von-240-Judischen-und-Israelischen-Wissenschaftlern-an-die-Bundesregierung-zu-BDS-und-Antisemitismus>.

6 <http://www.eccpalestine.org/global-jewish-organisations-oppose-the-adoption-of-ihra/>.

7 Vgl. z.B. die angesehene englische Zeitung The Guardian: <https://www.theguardian.com/news/2018/aug/14/bds-boycott-divestment-sanctions-movement-transformed-israeli-palestinian-debate>.

8 Vgl. z. B. das Urteil Landgericht München I, AZ: 12 O 13183/19 im Rechtsstreit Judith Bernstein u.a. gegen den Caritasverband München (vgl. <https://www.jpdg.de/meldungen/2019/9/25/pldoyer-fr-eine-neue-debatten-und-politikkultur-von-reiner-bernstein>) und <https://www.jrbernstein.de/blog-1/2019/8/24/neugierige-seien-gewarnt> .

9 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/vereinte-nationen-uno-ruegt-antisemitismus-beschluss-des-bundestags-a-1293375.html>.

nungen.“ Warum schließt sie dann BDS-Positionen unter Missachtung der vom Grundgesetz geschützten Meinungsfreiheit von vornherein aus dem „konstruktiven Dialog“ aus?

9. Interessant ist, dass die EKD weiß: Sie ist „mit ökumenischen Partnern verbunden, die sich als Teil der BDS-Bewegung verstehen“. Mit ihnen will sie „ihre kritisch-differenzierte Haltung zur BDS-Bewegung ... ins Gespräch bringen“. Dazu gehören z.B. alle großen Kirchen in den USA – einschließlich die lutherische, die reformierten und die unierte. Ob diese sich wohl davon überzeugen lassen, dass nationalsozialistische Diskriminierung mit Gandhi-Methoden gleichzusetzen und gewaltfreier Einsatz für Menschenrechte und Völkerrecht als antisemitisch abzulehnen ist? Vor allem wird die EKD gefragt werden, warum sie nicht auf die palästinensischen Kirchen nach dem Bundestagsbeschluss zu BDS geantwortet hat, die “mit schwerem Herzen“ die Frage stellten: "Welchen anderen Weg würden unsere deutschen Brüder und Schwestern von uns verlangen, um diese historische Ungerechtigkeit zu überwinden, die Entwurzelung unserer Bäume, die Beschlagnahmung unseres Landes, die Zwangsumsiedlung unseres Volkes, die Verleugnung unserer Menschenrechte, die willkürliche Tötung und die Verweigerung der Selbstbestimmung für die Palästinenser und ihr Recht, in Freiheit und Würde, frei von ausländischer Kontrolle und Besatzung zu leben..."?¹⁰

10. Schließlich betont die EKD noch einmal, dass sie Projekte in Palästina und Israel unterstützt. Das ist zu begrüßen, entbindet aber nicht von politischer und kirchlicher Solidarität für Wahrheit und Recht.

Im Fall des Kampfes gegen die Apartheid hatte der Ökumenische Rat der Kirchen das Programm zur Bekämpfung des Rassismus initiiert. Damals schloss sich die EKD aus der ökumenischen Solidarität aus unter dem Vorwand, Nelson Mandelas Afrikanischer Nationalkongress, obwohl von der UNO als legitime Vertretung des südafrikanischen Volkes anerkannt, sei eine Terrororganisation und dürfe selbst humanitär von Kirchen nicht unterstützt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die EKD sich im Fall der Unterdrückung des palästinensischen Volkes nicht wieder vom Völkerrecht der UNO und aus der ökumenischen Gemeinschaft entfernt. Vielleicht sollte der Rat der EKD noch einmal den Brief zur Hand nehmen, den Erzbischof Tutu 2015 an ihn und den Deutschen Evangelischen Kirchentag schrieb, worin er unter Berufung auf Erklärungen des ÖRK u.a. schreibt: „Wir verpflichten uns, sowohl in unseren Kirchen wie auch in unseren Gesellschaften, den Kairos-Aufruf zu unterstützen, der die Forderungen der palästinensischen Zivilgesellschaft aufnimmt, Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen (BDS) als angemessene gewaltfreie Mittel kreativen Widerstands einzusetzen, bis die illegale israelische Besatzung überwunden ist.' BDS hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Macht Geschäfte mit Juden, organisiert etwas mit ihnen, liebt sie. Aber unterstützt nicht die – militärische, wirtschaftliche oder politische – Maschinerie eines Apartheidstaates. Wir können keine normalen Geschäfte machen, denn die Bedingungen im Heiligen Land sind vollkommen anormal...“

Bitte schließt euch der ökumenischen Kairos-Bewegung an und fordert öffentlich und solidarisch Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann.“¹¹

10 https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2019/06/KPS-Kairos_Palestine_Statement_on_German_Bundestag_Resolution.pdf.

11 https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2015/10/Tutu_Brief_Palaestina_30.04.2015_deutsch-21.pdf.